



## Medienmitteilung

Bern, 4. Mai 2026

### Klares Nein des Gewerbes zur Ernährungsinitiative

**Die Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv sagt deutlich Nein zur «Ernährungsinitiative». Das Gewerbe fürchtet schädliche Auswirkungen auf KMU, Preise und Versorgungssicherheit.**

Die Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv lehnt die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser» (Ernährungsinitiative) entschieden ab. Aus Sicht des Gewerbes führt die Initiative zu erheblichen wirtschaftlichen Risiken.

Ein zentraler Kritikpunkt ist der starke staatliche Eingriff in funktionierende Marktmechanismen. Die Initiative setzt auf weitreichende Regulierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette, was für KMU zusätzliche administrative Belastungen, steigende Bürokratie und eingeschränkte unternehmerische Freiheit bedeutet.

Hinzu kommt der erhebliche Anpassungsdruck innerhalb kurzer Zeit. Die geforderte Transformation des Ernährungssystems würde hohe Investitionen erfordern, während bestehende Anlagen – insbesondere in der tierischen Produktion und Verarbeitung – an Wert verlieren. Für viele KMU besteht das Risiko, dass sich frühere Investitionen nicht amortisieren lassen.

#### Steigende Lebensmittelpreise belasten die KMU

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betrifft die Kostenentwicklung. Durch strengere Produktionsvorgaben, mögliche Importbeschränkungen und regulatorische Eingriffe ist mit steigenden Lebensmittelpreisen zu rechnen. Diese belasten nicht nur Konsumentinnen und Konsumenten, sondern wirken sich auch negativ auf zahlreiche KMU aus – insbesondere im Detailhandel, in der Gastronomie und in vor- und nachgelagerten Branchen. Sinkende Kaufkraft kann die Nachfrage dämpfen und die wirtschaftliche Lage zusätzlich verschärfen.

«Die Initiative verkennt die wirtschaftlichen Realitäten und belastet insbesondere unsere KMU übermässig», sagt sgv-Präsident Fabio Regazzi. «Statt ideologisch motivierter Eingriffe braucht es pragmatische Lösungen, die Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Freiheit gleichermaßen berücksichtigen.»

#### Stärkere Abhängigkeit von Subventionen

Schliesslich bestehen erhebliche finanz- und ordnungspolitische Bedenken. Die Umsetzung der Initiative würde voraussichtlich umfangreiche staatliche Unterstützungs- und Ausgleichsmassnahmen erfordern, was zu einer stärkeren Abhängigkeit von Subventionen führt und die öffentlichen Haushalte belastet. Gleichzeitig besteht das Risiko von Marktverzerrungen: Wenn sich Konsumgewohnheiten nicht im gleichen Mass verändern wie die Produktion, könnten vermehrt Importe stattfinden und Wertschöpfung ins Ausland abwandern. Insgesamt ergibt sich aus Sicht der KMU ein klares Bild: Die Initiative führt zu höheren Kosten, mehr Regulierung, strukturellen Risiken und Unsicherheiten, ohne dass ein überzeugender wirtschaftlicher Nutzen erkennbar ist.

**Weitere Auskünfte**

**Fabio Regazzi**, Präsident, Mobile 079 253 12 74

**Urs Furrer**, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.